

DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Außenstellenbericht 2023

London

Vereinigtes
Königreich und
Irland



Ruth Krahe
leitet die DAAD-Außenstelle London seit November 2019.
Die Außenstelle ist für das Vereinigte Königreich und
Irland zuständig.

Die „Back to the future“-Momente des Vereinigten Königreichs und was ein kleines ostafrikanisches Land mit britischer Innenpolitik zu tun hat

2024 rechnet fast niemand mehr mit einem Wahlsieg der Konservativen Partei bei der nächsten Unterhauswahl. In Umfragen steht das Thema Begrenzung der Migration an dritter Stelle. Dass eine strenge Einwanderungspolitik auch Auswirkungen auf den britischen Hochschulsektor hat, steht außer Frage. Dabei stecken die britischen Hochschulen mehr und mehr in einem Finanzierungsparadox.

ALLGEMEINE UND POLITISCHE ENTWICKLUNGEN – BEGRENZUNG (IL)LEGALER MIGRATION

Obwohl die britische Regierung bislang noch keinen einzigen Flüchtling nach Ruanda hat abschieben können, inspiriert diese Strategie nun auch andere europäische Länder auf der Suche nach einer Begrenzung illegaler Migration. Das Vereinigte Königreich (VK) geht dabei schon einen Schritt weiter und will nicht nur die Asylprüfung an Ruanda übertragen. Mit dem Anfang Dezember geschlossenen Abkommen wird das Recht auf Asyl an Ruanda abgetreten: Kein Flüchtling, der das VK illegal betritt, kann jemals Asyl im Vereinigten Königreich erhalten. Das Ruanda-Abkommen steht dabei als Synonym für eine restriktive Asylpolitik, die durch die Auslagerung von Asylansprüchen ein hohes Maß an Abschreckung mit einpreist. Boris Johnsons ehemaliger Chefberater bezeichnete die Kooperation mit Ruanda als ein Ablenkungsmanöver: Man wollte nach dem Brexit verschleiern, dass das Versprechen, legale Migration auf 100.000 Personen pro Jahr zu begrenzen, weder machbar noch sinnvoll ist. Es geht also auch um die Begrenzung legaler Immigration.

Gleichzeitig versucht die Regierung das Kooperationsabkommen mit Ruanda doch noch zu einem Erfolg zu

machen. Ruanda soll, nachdem der Oberste Gerichtshof das Gesetz in seiner derzeitigen Version verboten hat, per Regierungserklärung als sicher eingestuft werden. Auch die Option, dass das VK aus der Menschenrechtskonvention des Europarates austritt, damit Klagen gegen Abschiebungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht mehr möglich sind, wird weiterhin diskutiert. Das Ruanda-Abkommen ist ins Zentrum britischer Innenpolitik gerückt.

Premierminister Rishi Sunak hatte beim Regierungsantritt die Reduktion der Nettozuwanderung als eins seiner fünf Ziele benannt. Das Gelingen des Abkommens ist demnach zentraler Bestandteil seines persönlichen Erfolges und politischen Überlebens. Bis spätestens Januar 2025 muss eine Unterhauswahl stattfinden. Die Labour-Partei liegt bei Umfragen 20 Prozent vor den Konservativen und Sunak scheint zu glauben, dass er die Wahl nur mit dem Thema Einwanderung gewinnen kann. Seine Politik zielt aber nicht nur auf die Wählerinnen und Wähler. Sie ist auch nach innen, in seine Partei gerichtet. Vielen Abgeordneten, die sich in einem der rechten Flügel der Partei organisieren, geht das Gesetz nicht weit genug. Nur der Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention würde dem VK die Freiheit geben, seine Gesetze frei zu gestalten. Diese Argumentation kommt einem bekannt vor,

wenn man sich vor Augen hält, dass im Kern des Brexit-Referendums der Wunsch nach einer Wiedererlangung von staatlicher Souveränität stand, auch um die legale Migration aus der EU einzudämmen. Back to the future!

EINE PARTEI, FÜNF FLÜGEL

Sunak ist Vorsitzender einer Partei, in der er nicht (mehr) viel Rückhalt hat. Das ließen ihn die Abgeordneten auch bei der Abstimmung zum Ruanda-Abkommen spüren. Bei der Organisation des Widerstands gegen Sunak spielen die fünf Flügel („Families“) der Partei, wie zum Beispiel die European Research Group (ERG) oder der One Nation Caucus, eine große Rolle. Anders als in Deutschland macht für eine der oben genannten Fraktionen die Gründung einer separaten Partei wegen des Mehrheitswahlrechts wenig Sinn. Auch wenn etwa die UK Independence Party (UKIP) von Nigel Farage einen großen Einfluss auf das Brexit-Referendum hatte, so spielte sie bei der Sitzverteilung im Unterhaus keine Rolle. Zudem rechnet niemand damit, dass die 2019 für die Europawahl gegründete Partei Reform UK (früher Reform UK: The Brexit Party) Sitze im Unterhaus erlangen wird. Mit ihrer Themensetzung treibt sie allerdings besonders die Konservative Partei vor sich her. Sir Paul Lever, ehemaliger britischer Botschafter in Deutschland (1997 bis 2003), sieht interessante Parallelen und einen entscheidenden Unterschied zwischen dem VK und Deutschland: Beide Länder hätten Ende 2023 sehr unbeliebte Regierungen. Gleichzeitig könnten die Oppositionsführer viele Wähler nicht richtig überzeugen: Als Personen seien sie eher unbeliebt. Soweit die Parallelen. Den größten Unterschied benennt Lever in dem Vorhandensein weiterer starker Parteien in Deutschland wie der AfD und eventuell dem Bündnis Sahra Wagenknecht. Der Erfolg der AfD mache die Regierungsbildung extrem schwierig. Aufgrund des britischen Wahlsystems ist das im VK nicht zu erwarten. Vielmehr bilden sich die oben genannten Fraktionen innerhalb einer Partei aus. Kommentatoren sprechen derzeit von einer, zumindest in Teilen, populistischen Konservativen Partei und einer Labour-Partei mit einem konservativen Vorsitzenden.

VERÄNDERUNGEN IM HOCHSCHULSEKTOR – DAS FINANZIERUNGSPARADOX

Die Auswirkungen der Pandemie, der Rückgang der Zahl internationaler Studierender und die hohe

Inflation verursachen bei vielen britischen Universitäten große Defizite und bringen manche sogar in existenzielle Nöte. Die Entscheidung der Regierung Sunak, die Studiengebühren für einheimische Bachelorstudierende bis mindestens 2025 bei 9.250 Pfund einzufrieren, trägt ebenfalls zur Belastung bei. Universities UK berechnet, dass der inflationsbereinigte Wert der Studiengebühren bis Ende 2024 nur noch bei 6.600 Pfund liegen wird. Viele Universitäten beklagen, dass diese Summe für keinen Studiengang eine auskömmliche Finanzierung sei. Vor den Unterhauswahlen werden Stimmen laut, das Finanzierungsmodell grundlegend zu ändern. In dieser Diskussion erlebt das VK einen weiteren „Back to the future“-Moment: 1997 hatte Sir Ron Dearing in einem Bericht die Frage nach der Aufteilung der Kosten auf die unterschiedlichen Nutznießer von Hochschulbildung gestellt. Dieser Diskurs erlebte 2023 seine Wiederbelebung, als Professorin Dame Sally Mapstone, Präsidentin von Universities UK, betonte, dass das Verhältnis zwischen den Kosten einer Universitätsausbildung, die von Einzelpersonen, der Regierung und gegebenenfalls Arbeitgebern getragen werden, neu überdacht werden müsse. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass eine solche Neujustierung zur Abschaffung der Studiengebühren führt. In Zeiten allgemeiner Finanznot wird wohl kaum von der dem britischen Finanzierungsmodell zugrunde liegenden neo-liberalen Idee, dass „der Nutzer zahlt“, abgewichen werden können. Der Hochschulsektor befindet sich also in einem Finanzierungsparadox, in dem der Staat die Hochschulen kaum mehr finanziell ausstattet und sie dem freien Markt im Sinne einer Deregulierung überlässt. Gleichzeitig greift er aber ordnungspolitisch in den Markt ein, indem er die Studiengebühren für einheimische Bachelorstudierende vorgibt und die Möglichkeiten, internationale Studierende als lukrative Einnahmequelle zu rekrutieren, durch Visabeschränkungen beeinflusst beziehungsweise einschränkt. Der Grad an Regulierung hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen, auch weil die Regierung mächtige Behörden (wie das Office for Students) eingerichtet hat, die mittlerweile in viele Aspekte des Universitätsbetriebs eingreifen können. Höhepunkt dieses Trends war der „Higher Education (Freedom of Speech) Act“, der 2023 die Ernennung eines Direktors für „Freedom of Speech and Academic Freedom“ ermöglichte.

„A SCIENCE SUPERPOWER BEHIND A VISA PAYWALL“

Die Angst vor einem Rückgang der Zahl internationaler Studierender ist groß. Über die zu massive Abhängigkeit von chinesischen Studierenden ist oft geschrieben worden. Die Auswertung der letzten Bewerbungsrunde über den Universities and Colleges Admissions Service (UCAS), über den die Platzvergabe für Undergraduate-Studiengänge geregelt wird, zeigt bereits einen leichten Rückgang von minus 3 Prozent, davon 6 Prozent bei Bewerbungen aus China. Veränderungen in den geopolitischen Rahmenbedingungen, wie die Verärgerung der Volksrepublik China über die Aufnahme einer großen Zahl an Geflüchteten aus Hongkong im VK, wirken sich auf die Ströme internationaler Studierender aus. Außerdem betreibt Sunak eine Politik, die auf die Begrenzung des Zustroms durch stärkere Visa-beschränkungen zielt. Dieses Verhalten ist für britische Hochschulen geschäftsschädigend. Der Universitätssektor versucht dagegen anzuarbeiten, indem er immer wieder vorrechnet, wie hoch die Einnahmen, die internationale Studierende dem Land bringen, sind – im akademischen Jahr 2021/2022 waren es fast 42 Milliarden Pfund. 2023 überschattete allerdings ein weiteres Thema diese Bemühungen: Man warf den Universitäten vor, die Aufnahme internationaler Studierender auf dem Rücken britischer Studierender auszutragen. Studienplätze würden für internationale Studierende

freigehalten und stünden Britinnen und Briten nicht zur Verfügung. Außerdem würden zu diesem Zweck Noten-vorgaben für internationale Studierende gesenkt. Diese Diskurse zeigen eine eher misstrauische Haltung der Regierung gegenüber den Universitäten. Sie werden als Hort der Brexit-Gegner und übertriebenen Wokeness wahrgenommen. Das ist allerdings paradox, wenn man sich gleichzeitig die Bemühungen zur Rekrutierung internationaler Forschender ansieht. Der ehemalige Wissenschaftsminister George Freeman äußerte sich nach seinem Rücktritt im Oktober 2023 deshalb auch kritisch zu den Auswirkungen der immer strikteren Einwanderungspolitik, die auch Einfluss auf den Erfolg der Forschung habe. Kein Land könne seine Ambitionen, eine Wissenschaftssupermacht zu werden, mit einer Visa-Bezahlschranke realisieren. Dabei zielte er auf die gestiegenen Kosten einer Einwanderung im VK, die die Regierung im Oktober 2023 verfügt hatte. Auch das „Graduate Visa Scheme“, das Graduierten britischer Hochschulen für zwei beziehungsweise bei Promovierenden drei Jahre eine Arbeitsaufnahme ohne jegliche Gehaltsuntergrenze erlaubt, scheint schon wieder vor dem Aus zu stehen. Die Regierung wittert Missbrauch: Internationale Studierende würden in „billigen Kursen an schlechten Hochschulen“ studieren, nur um später im Land arbeiten zu können. Aus Sicht des Hochschulsektors erhöht dieses Angebot aber die Attraktivität des Studienstandorts, eine generelle missbräuchliche Nutzung sei nicht gegeben.

4

Raus aus der Sprachkrise? Lichtblicke für die Deutschförderung

Fremdsprachen haben in Zeiten von ChatGPT, Google Translate und einer Dominanz des Englischen keinen leichten Stand. Gepaart mit einem dramatischen Lehrkräftemangel, brexitbedingten Hürden für die Jugend- und Studierendenmobilität und fraprierenden schulpolitischen Fehlentscheidungen entsteht allerdings ein fruchtbarer Nährboden für eine waschechte Sprachkrise, die das Vereinigte Königreich in Richtung Monolingualität treibt.

Eine sinkende Zahl an Deutschlernenden ist beileibe kein lokaler Brandherd auf der Insel, sondern eine Epidemie in der englischsprachigen Welt. Doch im Königreich, auch im Vergleich mit der Republik Irland, ist die Lage besonders dramatisch: Von 2003 bis 2023 fiel in England die Zahl der schulischen Abschlussprüfungen im Fach Deutsch um etwa zwei Drittel. Im Jahr 2023 belegten nur noch 2.360 Schülerinnen und Schüler Deutsch im Abitur, vorwiegend an Privatschulen, die im Gegensatz zu vielen staatlichen Schulen noch Fremdsprachen im Portfolio haben.

In anderen Landesteilen ist die Lage nicht besser: Während in der Republik Irland das Fremdsprachenangebot an Schulen zunehmend ausgebaut wird, ist Nordirland europaweit Schlusslicht beim verpflichtenden Fremdsprachenlernen an Schulen.

Analog dazu brechen den Germanistikabteilungen die Studierenden weg. In den letzten 20 Jahren schrumpfte die Zahl der Universitäten mit Fremdsprachen im Angebot von über 100 auf rund 60. Zuletzt sorgte die traditionsreiche Universität im schottischen Aberdeen für Schlagzeilen, als sie die Schließung der Sprachstudiengänge aus Kostengründen ins Spiel brachte. Nach lauten Protesten können Sprachen nach aktuellem Stand zumindest im Zwei-Fach-Bachelor erhalten werden.

Dabei will sich der Großteil der Bevölkerung keineswegs den Stempel des isolationistischen „Little Englander“ aufdrücken lassen. In einer Umfrage befürworten mehr als 70 Prozent die Wiedereinführung einer verpflichtenden Fremdsprache in Sekundarschulen. Deutsch belegt immerhin den vierten Platz unter den Sprachen, die Befragte am ehesten lernen würden.

Irland hat sich mit der 2017 ins Leben gerufenen Kampagne „Languages Connect“ schon länger der Fremdsprachenförderung verschrieben. Nach Jahren stummer Apathie reagiert nun auch die englische Politik auf die Alarmzeichen: Fehlende Fremdsprachenkenntnisse werden als globaler Wettbewerbsnachteil und Gefahr für die Wirtschaftsleistung erkannt; einzelne Stimmen sehen im mangelnden linguistischen und kulturellen Bewusstsein sogar ein nationales Sicherheitsrisiko. Anfang 2023 wurde daher ein National Consortium for Languages Education (NCLE) ins Leben gerufen. Das Bildungsministerium stellt knapp 15 Millionen Pfund zur Verfügung, um die Fremdsprachenkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken, wobei ein Sondervermögen speziell für die Förderung von Deutsch vorgesehen ist. Landesweit wurden 19 Language Hubs eingerichtet, die eine Trendumkehr im schulischen Fremdsprachenlernen zugunsten der Mehrsprachigkeit erzielen sollen. Ohne Frage liegt es jetzt im Interesse der Universitäten, das Gelegenheitsfenster zu nutzen und die Germanistik im Land auf stabilere Beine zu stellen.

5

DAAD-ARBEIT VOR ORT

Im März 2023 organisierte die Außenstelle London für die internationale DAAD-Akademie (iDA) eine einwöchige Hochschulpolitische Informationsreise nach Nordengland und Nordwales. Im Rahmen des Förderprogramms HAW.International konnte der DAAD 19 Vertreterinnen und Vertreter deutscher Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) einen detaillierten Einblick in das britische Hochschulsystem eröffnen. Mit besonderem Blick auf Entwicklungen nach dem Brexit konnten Kenntnisse zum Hochschulsystem erneuert oder erweitert werden. Die Delegationsreise bot auch die Gelegenheit, konkret über Kooperationsmöglichkeiten zu diskutieren. Der regionale Schwerpunkt Nordengland und Nordwales war gezielt gewählt worden, auch um das Bild, das viele deutsche Hochschulen vom britischen Hochschulsektor haben, zu relativieren und gleichzeitig zu aktualisieren.

Die besuchten Hochschulen bildeten einen Mix aus forschungsstarken Universitäten der Russell Group, wie Liverpool, Manchester und Cardiff. Der Fokus lag aber auch auf den sogenannten „Post-1992“ oder „Modern Universities“, wie der Liverpool John Moores, Leeds Beckett oder Sheffield Hallam University. Sie gehören zur ehemaligen Gruppe der berufsbildenden „Polytechnics“, denen 1992 in einer groß angelegten Reform des britischen Hochschulsystems Universitätsstatus verliehen wurde. Die starke regionale Verwurzelung und eine praxisorientierte Ausbildung, fokussiert auf die lokale Wirtschaft, machen sie zu besonders gut passenden Partnern für die deutschen HAW. Die Reisegruppe traf an den Standorten Manchester, Sheffield und Liverpool Vertreterinnen und Vertreter zwölf englischer Universitäten.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hochschulpolitischen Informationsreise besuchten unter anderem die Bangor University in Wales.

6

Am Standort Bangor kamen acht der neun walisischen Universitäten für einen Austausch mit der deutschen Delegation zusammen. In Wales ist das Interesse an einem intensiven und kontinuierlichen Austausch mit Kontinentaleuropa besonders groß: Das von der walisischen Landesregierung neu aufgelegte Förderprogramm „Taith“ bezieht gezielt auf die Herausforderung, den Verlust der Erasmus+ Partnerschaften auszugleichen, die walisischen Hochschulen bei Kooperationen zu unterstützen und die akademische Mobilität von und nach Wales zu fördern.

Am 20. Oktober fand in London das Welcome Seminar für deutsche DAAD-Geförderte im VK und der Republik Irland statt. Als Veranstaltungsort war die Wellcome Collection gewählt worden. Von den fast 100 angemeldeten Teilnehmenden kam die größte Gruppe aus dem Masterprogramm, das 2023 139 Geförderte in beiden Ländern umfasste. Das eintägige Seminarprogramm enthielt eine Einführung in das britische Hochschulsystem, die Dr. Ed Turner, Dozent des Aston Centre for Europe (ACE) der Aston University in Birmingham, präsentierte. Ein Austausch mit DAAD-Alumna Marie Fuchs, Doktorandin an der London School of Economics, und dem DAAD-Alumnus Max Mirtschink, der als Senior Analyst bei Compass Lexecon in London arbeitet, gab den Anwesenden Einblicke in den Einstieg in Forschung und Arbeitswelt.

Highlight des Tages war der Vortrag des Gesandten der Deutschen Botschaft London, Rüdiger Bohn, der zur „deutschen Außenpolitik im deutsch-britischen Diskurs“ Stellung nahm. Bei der anschließenden Aussprache mit dem Team der Außenstelle wurde deutlich, dass hauptsächlich Fragen rund um die Themen Visabedingungen für die Anwesenden relevant waren.



Rüdiger Bohn, Deutsche Botschaft London, und Dr. Ed Turner, Aston University, diskutierten mit dem Team der Außenstelle.

German Language Competition: Roads not Taken. Oder: Es hätte auch anders kommen können

Wie sähe die Welt aus, wenn die Mauer nie gebaut oder niemals gefallen wäre? Was wäre, wenn Stauffenbergs Attentat auf Hitler gelungen oder die Weltwirtschaftskrise von 1929 nie eingetreten wäre? Alternative Pfade an entscheidenden Wendepunkten der deutschen Geschichte erkundeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen German Language Competition. Der Wettbewerb war eine Kooperation mit dem Institute of Languages, Cultures and Societies sowie dem Deutschen Historischen Museum in Berlin (DHM), das eine Ausstellung mit dem Thema „Roads not Taken“ konzipiert hatte.

Nach intensiver Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Geschehnissen entwarfen die Deutschlernenden in fiktiven Briefen und Tagebucheinträgen auf kreative Weise alternative Realitäten. Dazu gehörten eine sozialistische Herrschaft unter Rosa Luxemburg, Anne Frank als erfolgreiche Journalistin der 1960er-Jahre oder die militärische Niederschlagung der Friedlichen Revolution. Für die Abschlussveranstaltung reisten die Verfasser der prämierten Beiträge aus allen Teilen des Königreichs und Irlands an. Sie produzierten gemeinsam mit BBC-Journalistin Chelsea Coates einen Podcast über ihre Beiträge und diskutierten bei der Preisverleihung mit Julia Franke, Kuratorin der DHM-Ausstellung, neue Perspektiven auf die deutsche Vergangenheit. Die Erstplatzierten hatten kurz darauf Gelegenheit, sie bei einer Museumsführung im Rahmen ihrer Gewinnerreise nach Berlin wiederzutreffen.

7



Der Podcast zu „Roads not Taken“ wurde mit BBC-Journalistin Chelsea Coates produziert.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. (DAAD)
Kennedyallee 50
D-53175 Bonn

Tel.: +49 228 882-0
Fax: +49 228 882-444

E-Mail: webmaster@daad.de
Internet: <https://www.daad.de>

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Prof. Dr. Joybrato Mukherjee
Registergericht Bonn
Registernummer VR 2107
Umsatzsteuer-IdNr.: DE122276332

Verantwortlicher i.S.v. § 18 Abs. 2 MStV:
Dr. Kai Sicks, Kennedyallee 50, 53175 Bonn

Der DAAD ist ein Verein der deutschen Hochschulen und ihrer Studierendenschaften. Er wird institutionell gefördert durch das Auswärtige Amt.

Redaktion

Ruth Krahe
DAAD-Außenstelle London
9 Gower Street
WC1E 6HB London
www.daad.org.uk

Lektorat

Fazit Communication, Pariser Straße 1,
60486 Frankfurt am Main

Gestaltung

Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

Bildnachweis

S. 2: Matthias Falcone/DAAD London,
S. 6: (oben) DAAD,
S. 6: (rechte Spalte) Matthias Falcone/DAAD London,
S. 7: DAAD London

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht
1. Fassung, Juni 2024
© DAAD

